

Schluß gezogen werden, daß das Baltische als älteste Sprachschicht in diesem Raum die Grundlage für die spätere Eindeutschung vieler Gewässernamen gebildet hat. Alte polnische Namen sind höchst selten vertreten. Polnische Namen treten in der Regel erst infolge von Umbenennungen oder der Polonisierung deutscher Namen auf, was darauf hindeutet, daß entgegen der Behauptung der Vf. in eine polnische Kolonisierung im Mittelalter hier kaum stattgefunden hat. Die deutsche Siedlungstätigkeit unter dem Orden und den späteren preußischen Herzögen ist dagegen an zahlreichen Belegen abzulesen.

Die vorliegende Veröffentlichung ist trotz vorhandener Lücken und Mängel nicht nur für den Sprachforscher aufschlußreich, sie bereichert auch unser Wissen über die Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte Ostpreußens, wobei anhand der Quellenbelege die verschiedenen Veränderungen genauer abgelesen werden können.

Im Gegensatz dazu behandelt die Lieferung 6 altes polnisches Siedlungsgebiet im Einzugsbereich des Wieprz, eines rechten Nebenflusses der Weichsel. Dieses umfaßt den nordwestlichen Streifen der Sandomirer Senke, einen Teil des Roztocze-Gebirges, die Lubliner Höhe, den Südwesten des westlichen Polesie, das Wieprz-Gebiet sowie den östlichen Rand des westlichen Masowien. Im 13. Jh. gehörte dieser Raum im wesentlichen zum Fürstentum Galitsch-Vladimir und zum Sandomirer Land. In der frühen Neuzeit bezog er neben der Wojewodschaft Lublin und Teilen der Wojewodschaften Belz und Sandomir den südöstlichen und östlichen Streifen des Großfürstentums (nicht Großherzogtums) Litauen mit ein. In sprachlicher Hinsicht zergliedert sich das Gebiet des Wieprz in eine östliche Hälfte mit einer Vermischung ost- und westslawischer Elemente und in einen reinpolnischen westlichen Teil.

Die vorliegende Arbeit umfaßt etwa 1330 Gewässernamen, wozu auf der Grundlage gedruckter und handschriftlicher Quellen Belege gesammelt worden sind. Ein wichtiger Fundus ist die Ortsnamenkartei der früheren Wojewodschaft Lublin (im Bestand des Zakład Języka Polskiego der Universität Lublin). In zwei Teilen sind die Namen der fließenden und stehenden Gewässer erfaßt. Alle Namen erscheinen in der heute amtlichen polnischen Form. Die polnischsprachigen Quellenbelege lassen die Besonderheiten der kleinpolnischen und in Einzelfällen auch der masowischen Mundart erkennen. In der östlichen Hälfte des Gebiets sind häufiger ukrainische bzw. ruthenische Belege vertreten, die in späterer Zeit gewöhnlich polonisiert wurden. Ein Beispiel dafür ist Dzikie Błoto (abgel. von ukr. boloto = Sumpf), das 1914 als Bagno Dzikie belegt ist. Aufschlußreich ist, daß gelegentlich Gewässer auch den Namen bekannter Persönlichkeiten tragen, z. B. der See Firlej den der gleichnamigen Magnatenfamilie und der Teich Kościuszko den der Familie des polnischen Nationalhelden. Auch für diese Lieferung gilt, daß die Fülle der etymologischen Belege eine Fundgrube für den Sprachforscher darstellt. Vor allem die Namen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit lassen erkennen, wie sich die Besiedlung dieses Raumes vollzog und wie sich das Aufeinandertreffen polnischer und ruthenischer Elemente in sprachlicher Form entwickelte.

Berlin

Stefan Hartmann

Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation. Hrsg. von Werner Weidenfeld. Verlag Wissenschaft und Politik. Köln 1987. 255 S.

Die von dem Mainzer Politologen Werner Weidenfeld geleitete Studiengruppe „Deutsche Frage“, die im Jahre 1984 ins Leben gerufen wurde, veröffentlicht in dem hier anzuzeigenden Band Ausarbeitungen, die die Mitglieder dieses Kreises für ihre Sitzungen vorbereitet und dort diskutiert haben¹. Absicht und Inhalt der Publikation

werden nur durch Titel und Untertitel gemeinsam wiedergegeben: Erörtert wird nicht, was die Deutschen, und zwar nur in der seinerzeitigen Bundesrepublik, von Geschichte halten, sondern die Frage, was für die Bürger des westdeutschen Staates gut vierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von der deutschen Geschichte lebendig ist und inwiefern bei ihnen dieses Bewußtsein von der eigenen nationalen Vergangenheit entscheidend ist für ihre Einstellung zu dem offiziell nach wie vor behaupteten Provisorium ihres Gemeinwesens und zu der Erwartung, der deutsche Nationalstaat könne wiederhergestellt werden. Anders gesagt: Es geht in diesen Beiträgen darum, welche historisch fundierten Argumente für oder gegen die Wiedervereinigung in der Mentalität der Bundesdeutschen nachzuweisen oder zumindest zu vermuten sind.

Nun haben sich zwar inzwischen durch den Untergang der DDR die hier besprochenen Probleme in einer Weise erledigt, die sich, wie auch diese Texte zeigen, noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums niemand vorzustellen vermochte. Trotzdem sind die hier vorgelegten Berichte und Analysen über Vergangenes und die aus ihnen abgeleiteten Hinweise auf die als wahrscheinlich anzunehmende nähere und fernere Zukunft keineswegs zur bloßen Makulatur geworden. Vielmehr ist beides, Mitteilung und Erläuterung des historischen Befunds wie die Überlegungen über Kommendes, das Resultat einer ernsthaften, methodisch zuverlässig verfahrenen und in den Folgerungen überzeugenden Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart der deutschen Nation und wird nicht dadurch ungültig, daß sie eine Fortsetzung gefunden haben, die keiner erwartet hat. Das gilt vor allem von der mehrfach und von je unterschiedlichen Ansätzen aus unternommenen Erörterung der Gründe, die die Kurzlebigkeit des deutschen Nationalstaates ebenso erklären wie sein eher zufälliges Zustandekommen im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts, das gilt aber auch für die Beschreibung der kaum noch als Verzicht empfundenen Tendenz zum Ersetzen eines auf das Gesamtvolk bezogenen Nationalbewußtseins durch einen nur noch auf den Staat des Bonner Grundgesetzes hin ausgerichteten sogenannten Verfassungspatriotismus sowie durch die Bereitschaft, zugunsten von (west-)europäischen Optionen das Beachten von eigenstaatlichen Interessen zurückzustellen.

Gerade zu diesen Studien, die auch durch die Wiedergabe der Ergebnisse von mehreren, über längere Zeit hin immer wieder vorgenommenen demoskopischen Erhebungen veranschaulicht werden, sollte jeder greifen, der verstehen will, weshalb heute ebendiese Einwohner der alten Bundesrepublik Schwierigkeiten mit dem unvermutet, aber zwangsläufig nationaler gewordenen politischen Alltag haben. Und die Leser der ZfO im besonderen können aus diesem Sammelband erfahren, daß – wenn auch nicht: warum – die durch Vertreibungen und Annexionen bewirkte wesentliche Verkleinerung

1) Werner Weidenfeld: Geschichte und Politik. – Karl-Ernst Jeismann: Dimensionen nationalgeschichtlichen Bewußtseins. – Jörn Rüsen: Strukturen historischer Sinnbildung. – Karl-Rudolf Korte: Erinnerungsspuren: Das neue Gesellschaftsbewußtsein. – Hagen Schulze: Die Gegenwart des 19. Jahrhunderts. – Peter Alter: Das Nationalbewußtsein der Deutschen: Entwicklungslinien und Anfragen. – Christoph Kleßmann: Geschichtsbewußtsein nach 1945: Ein neuer Anfang? – Werner Weidenfeld: Die Mauer trennt und verbindet zugleich. – Hermann Lübke: Historisches Bewußtsein heute. – Hartmut Boockmann: Traditionsbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Selbstbilder durch Geschichtsmuseen? – Johannes Kuppe: Das Geschichtsbewußtsein in der DDR. – Gerhard Herdegen: Demoskopische Anmerkungen zum Geschichtsbewußtsein der Deutschen (West) im Kontext der deutschen Frage. – Helmut Klages: Wandlungsschicksale der Identität der Deutschen: Ein Szenario der Wertwandlungen seit 1871. – Andreas Meusch u. Felix Ph. Lutz: Das gegenwärtige Bild vom Vergangenen: Ein Literaturbericht.

des deutschen Siedlungs- und Staatsgebiets im Geschichtsbewußtsein der Deutschen, so wie dies hier gemeint ist, offenkundig überhaupt keine Spuren hinterlassen hat.

Köln

Peter Burian

Bastiaan Schot: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Zur Völkerbundspolitik der Stresemann-Ära. (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 4.) Verlag J.-G.-Herder-Institut. Marburg/Lahn 1988. XIV, 299 S.

Angeregt von den Wortführern der Deutschen, die seit der politischen Neuordnung des östlichen Mitteleuropa von 1919 hier als nationale Minderheiten in nichtdeutschen Staaten lebten, wollte Stresemann die privilegierte Völkerbundsmitgliedschaft Deutschlands – ständiger Sitz im Völkerbundsrat – unter anderem dazu nutzen, um die der Genfer Liga übertragene Kontrolle („Garantie“) des Schutzes der in dieser kontinentalen Randzone siedelnden nationalen Minoritäten wirkungsvoller als bisher zu machen. Dies sollte erreicht werden durch verfahrenstechnische Änderungen bei der Genfer Behandlung von Beschwerden über Verletzungen der Minderheitenschutzverträge, vor allem aber durch eine grundsätzliche Neudefinition dieses völkerrechtlich institutionalisierten Minoritätenschutzes. Dadurch sollte namentlich die Stellung der Deutschen in Polen gegenüber der Warschauer Regierung gestärkt werden, wohl auch in der Erwartung, auf diese Weise unter Umständen die Voraussetzung für eine von allen politischen Parteien der Weimarer Republik nach wie vor geforderte friedliche Grenzrevision zu schaffen.

Nun hätte Stresemann Deutschland wegen des Umgangs mit den eigenen Minderheiten – Polen, Dänen, Sorben – der internationalen Öffentlichkeit gern als gut legitimierten und überzeugenden Anwalt für die Festigung und den Ausbau von Minoritätenrechten präsentiert. Deshalb ersuchte er, und zwar noch vor dem Beginn der Verhandlungen über die Aufnahme des Reiches in die Liga, die Regierungen von Preußen und Sachsen sowie von Bayern (9000 Tschechen), durch großzügige Regelungen für Schulwesen und Kulturleben wie überhaupt für das Bekenntnis zum eigenen nichtdeutschen Volkstum den Angehörigen dieser Volksgruppen in besonderer Weise entgegenzukommen. Aber trotz jahrelangen Bemühungen, die öffentlich (publizistisch-propagandistisch) wie privat (Unterredungen mit Parlamentariern und Ministerialreferenten) von den Interessenvertretern der Volksdeutschen nachdrücklich unterstützt wurden, gelang es dem Auswärtigen Amt nicht, die hierfür in erster Linie zuständigen Innen- und Kultusministerien sowie Landtagsausschüsse und Provinzialkollegien zu entsprechenden Zusagen zu bewegen; was damals in dieser Hinsicht in Kraft gesetzt wurde, blieb weit hinter dem zurück, was auf dem Umweg über den Völkerbund für die Deutschen unter fremder Herrschaft durchgesetzt werden sollte.

Das lag weniger daran, daß man etwa in den deutschen Gliedstaaten auf germanisierende Tendenzen selbst dann nicht hätte verzichten wollen, wenn dies den Nationsgenossen im Ausland zugute gekommen wäre, auch wenn diese Diskussionen bemerkenswerte Zeugnisse für die Schwäche der nationalen Solidarität mit den Landsleuten jenseits der neuen Staatsgrenzen enthalten; nur im Fall der Masuren, die sich im Sommer 1920 in einer spektakulär endenden Volksabstimmung für das Verbleiben beim Reich entschieden hatten, wollte man nicht, daß durch derartige Zugeständnisse diese in ihrem nichtdeutschen Volkstum eigens bestärkt würden. Ausschlaggebend für Stresemanns Mißerfolg war vielmehr die Befürchtung, daß wegen der sozialen und ökonomischen Situation dieser Minderheiten durch die hier gemeinte Verselbständigung (Privatisierung) des Bildungswesens die üblichen Schulziele nicht oder nur erschwert zu erreichen sein würden. Nicht zuletzt deshalb zeigte man auch auf seiten dieser Minderheiten